



AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
<http://ageconsearch.umn.edu>
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

Trede K.-J.: Interdependenzen zwischen gesamtgesellschaftlichen und agrarpolitischen Normensystemen. In: von Urf, W., Zapf, R.: Landwirtschaft und Umwelt – Fragen und Antworten aus der Sicht der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 23, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1987), S. 241-251.

INTERDEPENDENZEN ZWISCHEN GESAMTGESELLSCHAFTLICHEN UND
AGRARPOLITISCHEN NORMENSYSTEMEN

von

Karl-Joachim T r e d e , Kiel

1. Einführung

Landwirtschaft und Agrarpolitik zeigen in einem offenbar steigenden Umfang realisierte Überschneidungen mit anderen gesellschaftlichen Bereichen. Die in den letzten Jahren zu beobachtenden Auseinandersetzungen, u.a. über finanz-, handels- und umweltpolitische Konsequenzen der Agrarpolitik, sind Ausdruck dieser Entwicklung. Es ist Aufgabe dieser Arbeit, sich vor dem Hintergrund der Zieltheorie, die insbesondere im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik und der Organisationstheorie bearbeitet wird (TUCHTFELDT, 11, S. 178 ff; STAEHLE, 8, S. 110 ff.), mit diesem Phänomen zu befassen und so zu einem besseren Verständnis über das Wirkungsgefüge zwischen einzelnen politischen und gesellschaftlichen Bereichen beizutragen.

Bei intensiver Durchsicht der vorhandenen Literatur ist festzustellen, daß die Zieltheorie seit einer ganzen Reihe von Jahren keine entscheidenden Anstöße erfahren hat. Auch in der speziellen agrarökonomischen Literatur erfolgt seit vielen Jahren kaum eine Auseinandersetzung mit den Zielen der Politik. Insbesondere letzteres erstaunt, da doch die Diskussion um die Neuorientierung der Agrarpolitik, die zwangsläufig ihre Ziele berührt, voll entbrannt ist.

In allen Disziplinen äußerst beschränkt sind theoretisch geprägte Überlegungen zu Interdependenzen zwischen einzelnen Politikbereichen. Dies mag auf eine gewisse Distanz zurückzuführen sein, sich mit Normativem auseinanderzusetzen oder auch, zieltheoretisch gesehen, damit zusammenhängen, daß die Beziehungen, die innerhalb eines Zielsystems vorherrschen, prinzipiell auch für Abhängigkeiten gültig sind, die für Ziele in unterschiedlichen Systemen bestehen. Dennoch existiert hier ein sehr gravierender Unterschied. Einzelne Zielsysteme zeichnen sich in der Re-

gel dadurch aus, daß sie einem Träger zugeordnet sind, der um deren Verfolgung bemüht ist. Kommt es zu Konflikten zwischen den Zielsetzungen unterschiedlicher Systeme, so kann dies Auseinandersetzungen der tragenden Organisationen nach sich ziehen. Diese Erscheinung ist innerhalb der politischen Realität tagtäglich, etwa zwischen Interessenverbänden und staatlichen Institutionen, zu beobachten. Allerdings geht auch die Verfolgung eines Zielsystems durch einen Träger nicht spannungsfrei vonstatten. Da zumeist zahlreiche Personen an dessen Realisierung mitwirken, können individuelle Präferenzen und damit intraorganisatorische Konflikte zum Tragen kommen (MARCH, SIMON, 5, S. 112 ff.; STAEHLE, 8, S. 110 f.).

2. Ursachen von Interdependenzen

Überlegungen zu den Wirkungszusammenhängen zwischen Zielsystemen gehen von dem Modell einer allumfassenden gesellschaftlichen Zielhierarchie aus, in der die agrarpolitischen Zielsetzungen, etwa in der Formulierung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BMELF), lediglich einen Ausschnitt darstellen. Es existieren demnach Interdependenzen in vertikaler wie horizontaler Richtung. Ihr Bestehen kann auf mehrere Ursachen zurückgeführt werden (SCHARPF, 7, S. 24 f.).

- Bereits einführend wurde auf bestehende funktionale Berührungen hingewiesen, die auch "externe Effekte", in sehr weiter Interpretation dieses Begriffes, genannt werden können. Sie treten auf, wenn die Auswirkungen einer Entscheidung in ihrer Tragweite nicht nur die Zielrealisation der auslösenden Organisation beeinflussen, sondern auch andere Organisationen betreffen, wie etwa beim Verlust von Arten durch intensive Landbewirtschaftung. Diese Beziehung kann auch als instrumental bezeichnet werden.
- Erstellen zwei Organisationen ein "joint product" ist eine Interdependenz zwangsläufig. Nur über das abgestimmte Handeln beider Organisationen können beide ihre Ziele realisieren.
- Verbrauchen mehrere Organisationen die gleiche knappe Ressource, so entsteht das Problem des "common pool". Auseinandersetzungen um die jeweiligen Anteile können erwartet werden, sofern die Verfügbarkeit der Ressource die Zielerreichungsgrade beeinflusst, vor-

stellbar im Zusammenhang mit Flächennutzung, Kontingentsverteilungen oder Auseinandersetzungen um die Verwendung eines fixierten Budgets. Wird der Umfang des "common pool" demgegenüber flexibel, wie häufig bei Haushaltsfragen, ergibt sich wiederum eine funktionale Beziehung der zuerst genannten Kategorie. Es kommt nicht nur zu Verteilungskämpfen, sondern der Umfang des Budgets selbst wird Verhandlungsgegenstand. Einem Verlust an Haushaltsdisziplin steht dabei ein Leistungszuwachs bei der budgetnachfragenden Institution gegenüber und es gilt, beides gegeneinander abzuwägen.

Die weiteren Ausführungen bleiben auf die funktionale Beziehung beschränkt, da es sich bei ihr um die mit Abstand am häufigsten anzutreffende handelt.

3. Interdependenz als Informationsproblem

Die Aussage, daß instrumentale Relationen zwischen Zielen bzw. -systemen nur dann auftreten, wenn diese (Ziele) auch vorhanden sind, ist trivial, leitet aber über zu der Frage, was eigentlich unter einem Ziel zu verstehen ist, wie es entsteht und wie sich Zielsysteme sowie deren Beziehung untereinander durch sein Auftreten verändern.

Sowohl in der Betriebswirtschaftslehre wie auch der Wirtschaftspolitik wird das Wesen von Zielen darin gesehen, daß sie die Grundlage für absichtsgeleitetes Verhalten bilden (HEINEN, 2, S. 617; TINBERGEN, 9, S. 14). Demzufolge ist davon auszugehen, daß zwischen Handlung und Zielgröße durch den Handelnden eine Beziehung gesehen wird und er sich der möglicherweise auch nur vermeintlichen Folgen seiner Aktion bewußt ist. Ergeben sich Wirkungen auf andere Faktoren als auf die beobachteten, so handelt es sich dabei lediglich um Auswirkungen einer Entscheidung, die aber irrelevant für die Entscheidungsfindung selbst sind. Diese Auffassung hat implizit ihren Niederschlag im Konzept der Nutzwertanalyse aber auch in der Argumentation der sogenannten Neornormativisten gefunden (KOESTER und SCHMITZ, 4, S. 13). Sie fordern dazu auf, die Politik auf ihre Auswirkungen hin zu überprüfen und über die Beratung die Aufnahme in den Zielkatalog zu erwirken. Somit wird aus einer nicht zur Kenntnis genommenen bzw. unbeachteten Auswirkung einer Handlung durch das erweiterte Informationsniveau ein in die Überlegungen einbezogenes Ziel. Unter Berücksichtigung dieses neuen Aspekts werden zu treffende Entscheidungen u.U. anders ausfallen.

So haben beispielsweise die bekannt gewordenen Konsequenzen des Einsatzes von DDT Interdependenzen mit umwelt-, verbraucher- und gesundheitspolitischen Zielsetzungen hervorgerufen und Rückwirkungen auf das Ziel einer möglichst kostengünstigen landwirtschaftlichen Produktion gezeigt. Es ist zwar davon auszugehen, daß einerseits die vermehrte Analyse und damit wachsende Kenntnis über landwirtschaftliche Zusammenhänge, andererseits aber auch Verschiebungen im agrarischen Wirkungsgefüge selbst, etwa durch Intensivierung, veränderte Interdependenzen mit sonstigen gesellschaftlichen Zielsetzungen nach sich gezogen haben. Allerdings ist zu beachten, daß auch die Zielstrukturen betroffener Organisationen zumeist nicht statisch sind, so daß ebenfalls von hier zunehmende Verzahnungen erklärbar sind. Die Ursachen für die Wandlung von Auswirkungen zu Zielen sind somit vielfältiger Natur und nicht nur ursächlich auf ein verbessertes Informationsniveau zurückzuführen. Die These, daß Interdependenzen als Folge verbesserter Informationen über technologische Beziehungen auftreten, ist daher nur partiell haltbar.

Von elementarer Bedeutung für die Zusammenhänge zwischen Zielen und Zielssystemen ist die Tatsache, daß jede Information darüber einen häufig nicht objektivierbaren Bewertungsprozeß durchläuft. Bewertungen betreffen sowohl den Umfang geleisteter Zielbeiträge als auch die Entscheidung über die Faktoren, die von den Auswirkungen einer Aktivität betroffen sind, somit als relevant eingestuft werden und sich dadurch zu Zielen wandeln. Eine vergleichbare Bewertung stellt die Entscheidung über die Kategorien dar, die etwa im Rahmen einer Nutzwertanalyse Berücksichtigung finden.

4. Bewertung von Zielbeiträgen

Zunächst ist davon auszugehen, daß Bewertungsvorgänge nicht über die Zeit konstant bleiben, sondern eine dynamische Komponente in den Beziehungen zwischen Zielsystemen bilden. Entsprechend den ökonomischen Grundprinzipien ist zu unterstellen, daß Bewertungen aufgrund von Knappheitsverhältnissen vorgenommen werden und dann variieren, wenn sich Knappheitsrelationen ändern. Dieses Grundprinzip wird hier nicht nur auf marktfähige Güter angewendet, sondern universell verstanden und als Erklärungsansatz sowohl für die Veränderung von Preisen, aber auch von Zielen, Werten und Normen herangezogen.

Wenn nun gestiegene Anforderungen an die Landwirtschaft im Hinblick auf Umwelt und Natur bestehen, ist dies dementsprechend auf veränderte Knappheitsverhältnisse zurückzuführen. Ihre Variation hat zur Folge, daß Zielbeiträge der Landwirtschaft unter sonst gleichen Bedingungen verändert eingestuft werden. Prinzipiell gilt dies nicht nur für Umweltschutzgesichtspunkte, sondern für sämtliche Bereiche, mit denen funktionale Beziehungen zu Landwirtschaft bzw. Agrarpolitik bestehen, so u.a. zu den bereits zitierten Bereichen Handels- und Finanzpolitik oder auch zur allgemeinen Wirtschaftspolitik.

Die Bedeutung der Beiträge einer Organisation zur Zielbeeinflussung bei einer anderen läßt sich in mehrere Komponenten zerlegen. Zunächst beruht sie auf dem grundsätzlichen Umfang, mit dem die agierende Organisation einzelne Zielsetzungen der betroffenen beeinflußt, also der Enge des funktionalen Zusammenhangs (TREDE, 10., S. 138 f.). Die Bedeutung ergibt sich aber auch aus der Gewichtung, mit der die beeinflusste Zielsetzung durch ihren Träger bewertet wird. Weiterhin ergibt sich die Bedeutung aus dem Zustand, in dem sich das betrachtete Element befindet. Je weiter der Ist-Zustand von einem angestrebten Soll-Zustand abweicht, d.h. je knapper die Einheiten zur Zielerreichung sind, um so wertvoller sind sie tendenziell einzuordnen. Einige Beispiele sollen diese Ausführungen unterstreichen.

In letzter Zeit wird insbesondere der Verlust von Arten durch intensive Landbewirtschaftung diskutiert. Wird durch landwirtschaftliche Tätigkeit die Anzahl der Exemplare einer weit verbreiteten und häufig anzutreffenden Art reduziert, ist dies vor dem Hintergrund des Ziels "Artenschutz" kaum bemerkenswert. In diesem Fall ist das einzelne Exemplar der Art nahezu wertlos und negative Zielbeiträge der Landwirtschaft zum Artenschutz vernachlässigbar klein. Mit zunehmender Knappheit der Art steigt der Zielbeitrag, den jedes einzelne Exemplar zum Ziel der Arterhaltung beiträgt. Folglich wird der Verlust jedes einzelnen Exemplars als Folge landwirtschaftlicher Aktivität und damit der Verfolgung landwirtschaftlicher Zielsetzungen zu einem wachsend negativen Zielbeitrag der Landwirtschaft zum Artenschutz. Es ist letztlich Folge der Bewertung und der politischen Koordination, welche Verhaltenskonsequenzen daraus für die Landwirtschaft resultieren.

Ähnliche Zusammenhänge ergeben sich in zahlreichen Bereichen. Sie lassen sich stets auf vorliegende Abhängigkeiten zwischen Zielen bzw. Zielsystemen und bestehende Knappheitsrelationen zurückführen. Dies gilt auch für den Umweltschutz insgesamt. Offensichtlich ist die Umweltdiskussion erst seit sehr wenigen Jahrzehnten intensiver Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden. Auswirkungen von Landwirtschaft bzw. agrarpolitischen Entscheidungen auf Natur, Landschaft und Produktqualität betrachtete man nicht als bedeutsame Probleme. Negative Auswirkungen, die sich auf diese Bereiche ergaben, wurden offenbar gering gewichtet, sofern sie überhaupt beobachtet wurden (Informationsproblem), es war kein deutlich ausgeprägtes Wertempfinden dafür vorhanden. Das Gut Umwelt wurde nicht als knapp betrachtet, folglich hatte es keinen Preis (Wert) und fand somit auch keinen Eingang in Zielsysteme. Damit fehlte die Grundlage für das Auftreten von Interdependenzen zwischen der Verfolgung spezifisch landwirtschaftlicher bzw. agrarpolitischer Zielsetzungen einerseits und Zielen anderer Organisationen andererseits.

Mit steigender Umweltbeeinträchtigung, für zielanalytische Überlegungen ist dabei unerheblich, ob sie objektiv gegeben ist, sondern lediglich die subjektive Bewertung entscheidend, wurden die Güter "intakte Natur" und "saubere Umwelt" knapper und damit wertvoller (KNAUER, 3, S. 20 ff.). Sie fanden als Ziele Eingang in unterschiedliche Zielsysteme und bedingten somit das Entstehen von Interdependenzen zu Institutionen, deren Zielverfolgung damit in funktionalem Zusammenhang steht. Die Knappheit muß dabei nicht zwingend durch landwirtschaftliche Aktivitäten bedingt sein, sie kann sich auch als Folge von Veränderungen in sonstigen Bereichen ergeben, betrifft gleichwohl den landwirtschaftlichen bzw. agrarpolitischen Bereich, weil das Wertempfinden lediglich auf die insgesamt vorliegende Situation reagiert.

Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen eine Anmerkung zu Flächenstilllegungen und Extensivierungen aus umweltpolitischer Motivation heraus. Wird das Ziel "Naturbelassene Umwelt" als knapp bewertet, so ist davon auszugehen, daß eine Zahlungsbereitschaft entsprechend dem Grenznutzen der zuletzt realisierten Einheit dieses Ziels besteht. Sollte es tatsächlich zu Extensivierungen etc. in größerem Umfang kommen, so ist davon auszugehen, daß der Grenznutzen eines zusätzlichen Hektars naturbelassener Umwelt sinkt und damit auch die Zahlungsbereitschaft. Aus streng marktorientierter Sicht muß daher darauf hingewiesen werden, daß bei um-

fangreicher Inanspruchnahme entsprechender Programme sinkende Preise für Zielbeiträge zur naturbelassenen Umwelt zu zahlen wären.

Eine andere Einschätzung ergibt sich selbstverständlich vor dem Hintergrund einer Einkommenszielsetzung. Die Kompensation von Einkommensverlusten rechtfertigt sicherlich konstante oder sogar steigende Zahlungen.

Ähnliches gilt für das Ziel "Erhaltung der Kulturlandschaft", das auch Agrarökonomien zur Rechtfertigung von Einkommenstransfers in ihrer Argumentation heranziehen. Zielbeiträge zu diesem Ziel sind allerdings schwerlich als knapp zu bezeichnen. Kulturlandschaft ist in überaus reichem Maße vorhanden, brachliegende Flächen sind in der Statistik lediglich eine Randerscheinung. Da Kulturlandschaft nicht knapp ist, sollten entsprechende Zielbeiträge bei marginaler Betrachtungsweise auch mit dem Preis bewertet werden, der dem Grenznutzenverlust der Aufgabe einer Einheit dieses Ziels Rechnung trägt.

5. Steuerungsmechanismen

Erbringt eine Organisation aufgrund des Vorliegens funktionaler Beziehungen negative Zielbeiträge zu den Zielen einer anderen Organisation, so können Gegenreaktionen der betroffenen Seite unter Einsatz der unterschiedlichsten Strategien zur Konfliktlösung und Konsensfindung erwartet werden (TREDE, 10, S. 39 ff.). Im Rahmen einer Durchsetzungsstrategie werden gravierende Konflikte häufig durch den Einsatz hierarchischer Macht gelöst, sei dies nun durch die Weisung einer vorgesetzten Institution oder durch den Erlass von Verordnungen oder Gesetzen der Fall.

Diese Art der Konfliktbereinigung äußert sich zumeist im Setzen von Richtwerten oder Verboten, aber auch in expliziten Verhaltensmaßregeln. Durch sämtliche derartige Maßnahmen werden einer Organisation Normen gesetzt, die ihre Handlungsmöglichkeiten einschränken bzw. den Ablauf in mehr oder minder starkem Maß in vorgefaßte Bahnen lenken. Diese Methode der Verhaltensbeeinflussung ist daher als restriktive Relation aufzufassen. Sie schränkt den Spielraum für die eigene Zielverfolgung ein. Im Agrarbereich spielen entsprechende Restriktionen im Hinblick auf die Auswirkungen landwirtschaftlicher Aktivitäten auf Natur und Umwelt eine erhebliche Rolle. Die Bindung der Viehhaltung an die Fläche über Düngeeinheiten, Höchstmengenverordnungen im Zusammenhang mit dem Einsatz

chemischer Erzeugnisse, das Einhalten von Mindestabständen beim Bau von Stallanlagen oder Ausbringungsverbote für Gülle zu bestimmten Zeiten sind nur einige Beispiele, die die Realisierung spezifisch landwirtschaftlicher Zielsetzungen restriktiv begrenzen. Diese Verhaltensbeeinflussung der Landwirtschaft aus natur- und umweltpolitischer Motivation heraus hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen (HANF, 1, S. 19). Ein stärker agrarpolitisch orientiertes Beispiel ist die Begrenzung des Finanzierungsvolumens der Gemeinsamen Agrarpolitik auf einen fixierten Prozentsatz der Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer. Die Möglichkeiten agrarpolitischer Zielverfolgung sind damit zwar nicht im Einzelfall fixiert, dennoch in ihrer Summe restriktiv begrenzt.

Restriktive Verhaltensbeeinflussungen müssen nicht zwingend dem institutionellen politischen System entspringen. Sie können sich auch zwischen sonstigen Organisationen ergeben. Von Bedeutung ist hier lediglich die Tatsache, daß potentiell Betroffene einer Entscheidung über die Möglichkeit verfügen, in einer Weise auf Entscheidungen zu reagieren, die mit erheblichen negativen Auswirkungen für die agierende Organisation verbunden ist. In diesem Fall kommt es zur Errichtung von Selbstbeschränkungen bei der Zielverfolgung.

6. Determinanten der Nachfrage nach Zielbeiträgen

Die Verfolgung eines Zieles wird als Nachfrage nach diesem Ziel bzw. den entsprechenden Zielbeiträgen interpretiert. Folgt man diesem Ansatz, so sind auch die Determinanten der Nachfrage auf Zielanalyse und Wertewandel zu übertragen.

Der Preis für die Realisierung einer Zieleinheit ist in Form von entgangenem Nutzen anzugeben, der sich bei Verzicht auf die Zielverfolgung ergeben würde. Dieser Nutzen wird mit steigender Knappheit der Zielbeiträge steigen, etwa bei der Erhaltung von Exemplaren einer seltenen Art, und somit auch die Zahlungsbereitschaft zunehmen. Steigendes Umweltbewußtsein wird daher zunehmend Maßnahmen induzieren, die wachsende Zieleinbußen bei anderen Zielsetzungen (z.B. Niveau der landwirtschaftlichen Produktion) mit sich bringen. Andererseits muß eine Gesellschaft auch in der Lage sein, den entsprechenden Preis zu zahlen. Wird der entgangene Nutzen, der etwa aus der Reduzierung der landwirtschaftlichen Intensität resultiert, höher bewertet als der damit möglicherweise verbundene posi-

tive Effekt auf Umwelt und Natur, wird die Landwirtschaft keine Einschränkungen erfahren. Dieses Verhalten ist in Volkswirtschaften mit Ernährungsproblemen zu erwarten.

Die Preise (Bewertungen) der übrigen Ziele sind insofern von Bedeutung, als das gesamte System auf eine Nivellierung der Grenznutzen der zuletzt realisierten Zieleinheiten zustrebt. Umbewertungen führen so zu veränderter 'Zielnachfrage'.

Da die Verfolgung von Zielsetzungen Ressourcen beansprucht oder den Verzicht auf die Zurverfügungstellung von Ressourcen bedingt, ist auch das Budget bzw. das Sozialprodukt in die Überlegungen einzubeziehen. Die 'Zielnachfrage' weist offensichtliche Beziehungen zu seinem Niveau auf. Der subjektive Eindruck legt die Hypothese nahe, daß zwischen der Höhe des Sozialprodukts und der Berücksichtigung umweltpolitischer Zielsetzungen eine positive Elastizität gegeben ist.

Die Präferenzstruktur ergibt sich aus dem Gewicht, mit dem einzelne Ziele belegt werden. Hier wird auf die Präferenzen des BMELF zurückgegriffen. Es veröffentlicht jährlich eine Zielsystematik, die aus vier formal nicht miteinander verzahnten Zielsystemen besteht. Zwar werden alle Ziele vom gleichen Träger verfolgt und erlauben keine gesamtgesellschaftlich relevante Abstufung zwischen landwirtschaftlichen und Umweltzielen, für die Darstellung des den Finanzwissenschaften entnommenen methodischen Vorgehens spielt dies aber keine entscheidende Rolle. Als Ergebnis der Analyse ist die Abbildung der Präferenzstruktur zu erwarten, so wie sie der Träger der Zielsetzungen selbst vornimmt, nicht aber der generelle Stellenwert umweltpolitischer Zielsetzungen in der gesamten deutschen Agrarpolitik.

Für die Ableitung der Präferenzstruktur wird auf die bekundeten Präferenzen Budgetzuweisung (1983) und administrative Kapazität zurückgegriffen (TREDE, 10, S. 190 ff.). Etwa 90 % des Volumens des Etats und ein ähnlicher Prozentsatz der Referate des BMELF lassen sich eindeutig einzelnen Zielsetzungen zuordnen. Auf der Grundlage dieser Werte ergibt sich die folgende Präferenzstruktur.

Übersicht: Gewichtung der agrarpolitischen Hauptziele

| Hauptziel | bekundete Präferenz | |
|--|----------------------|-----------------------------|
| | Budget- zuweisung | Administrative Kapazität |
| A (Ländlicher Raum, Landwirtschaft) | 0,9809 | 0,555 |
| B (Verbraucher) | 0,0094 | 0,200 |
| C (Internationale Aspekte) | 0,0087 | 0,133 |
| D (Natur und Landschaft) | 0,0010 | 0,111 |

Aus beiden Ansätzen resultiert, daß das Hauptziel A eindeutig dominierend ist, und das Ziel D in der Präferenzskala den letzten Rang einnimmt. Sicherlich lassen sich gegenüber den verwendeten Ansätzen einige Einwände anführen, dennoch können die Ergebnisse auch bei sehr zurückhaltender Interpretation aufgrund ihrer Eindeutigkeit und Parallelität zumindest für tendenzielle Aussagen verwendet werden. Operational umgesetzt etwa in einer Nutzwertanalyse bedeutet dies, daß Umweltauswirkungen die Entscheidungsfindung sehr viel geringer beeinflussen als etwa Auswirkungen auf das Ziel A. Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, daß von einer Verschiebung der Gewichtung der einzelnen Ziele auf veränderte Präferenzen geschlossen werden kann, die dann auch aufgrund des veränderten Stellenwerts der entsprechenden Zielbeiträge zu veränderten Entscheidungen führen können.

7. Zusammenfassung

Überlegungen zu Interdependenzen zwischen Zielsystemen erfolgen auf der Basis eines zieltheoretischen Ansatzes. Das Auftreten von Interdependenzen zwischen Zielen, ihr Umfang und ihre Veränderung werden wesentlich auf sich wandelnde Knappheitsverhältnisse zurückgeführt. Zielbeiträge, die Organisationen austauschen, erfahren in Abhängigkeit von den bestehenden Knappheiten unterschiedliche Bewertungen. Um aus diesen Beziehungen resultierende Konflikte zu kanalisieren, bedient man sich im politischen Raum häufig des Einsatzes von Begrenzungen, die die Zielver-

folgung einzelner Organisationen restriktiv begrenzen. Zur weitergehenden Erörterung von Interdependenzen zwischen Zielen wird auf die Theorie der Nachfrage und deren Determinanten zurückgegriffen.

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

1. HANF, C.H., Auswirkungen der Umweltschutzgesetzgebung auf die landwirtschaftliche Produktion. In: Schriftenreihe der Agrarwissenschaftlichen Fakultät der CAU, Vorträge zur Hochschultagung 1985, Kiel 1985, S. 19-28.
2. HEINEN, E., Ziele und Zielsysteme in der Unternehmung. In: Albers, W., et al (Hrsg.), Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 9, Stuttgart, New York, Tübingen, Göttingen und Zürich 1982, S. 616-623.
3. KNAUER, N., Interdependenz von Landwirtschaft und Umwelt. In: Agrarspectrum, Schriftenreihe des Dachverbandes Wissenschaftlicher Gesellschaften der Agrar-, Forst-, Ernährungs-, Veterinär- und Umweltforschung e.V., Bd. 7, Agrarstruktur im Wandel, München 1984, S. 20-43.
4. KOESTER, U., P.M. SCHMITZ, Anmerkungen. In: Agrarwirtschaft, (29. Jahrgang) 1980, S. 11-14.
5. MARCH, J.G., H.A. SIMON, Organisation und Individuum - Menschliches Verhalten in Organisationen, Wiesbaden 1976.
6. PRIEBE, H., W. SCHEPER, W. von URFF, Agrarpolitik in der EG - Probleme und Perspektiven, Baden-Baden 1984.
7. SCHARPF, F.W., Die Theorie der Politikverflechtung. In: Hesse, J.J. (Hrsg.), Politikverflechtung im förderativen Staat, Baden-Baden 1979, S. 191-204.
8. STAEHLE, W.H., Management, München 1980.
9. TINBERGEN, J., Wirtschaftspolitik, Freiburg 1968.
10. TREDE, K.-J., Entwicklung und Analyse von Zielen der offiziellen Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Kiel 1985.
11. TUCHTFELDT, E., Wirtschaftspolitik. In: Albers, W., et al (Hrsg.), Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 9, Stuttgart, New York, Tübingen, Göttingen und Zürich 1982, S. 178-206.